

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch

Politische Berichte – Extra

15. April 1986

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 V.i.S.d.P.: Ch. Schneider

Imperialistischer Überfall auf Libyen

Mit 35 Bombern, die von Flugzeugträgern der 6. US-Flotte im Mittelmeer und von Basen in Großbritannien gestartet waren, haben die USA in der Nacht zum 15. April Libyen angegriffen und Ziele in Tripolis und Bengasi bombardiert. Nach Rundfunkberichten aus arabischen Ländern vom 15.4. hat der Angriff 70 Menschen das Leben gekostet und zahlreiche Gebäude und Anlagen zerstört.

Als Vorwand für ihren Angriff nahmen die USA einen Bombenanschlag auf eine Westberliner Diskothek. Am 12.4. hatte die libysche Botschaft gegen die Behauptungen, die Libyen für den Anschlag verantwortlich machten, eindeutig Stellung genommen. Welche Interessen auch sollte Libyen an einem Anschlag auf eine Diskothek haben? Die US-Regierung dagegen konstruierte aus dem Anschlag den lang gesuchten Rechtsgrund für eine Militäraktion gegen Libyen (siehe dazu die untenstehenden "Informationen").

Warum aber haben die USA Libyen angegriffen? Die libysche Regierung hat in der Vergangenheit einen großen Teil der Einnahmen aus dem Öllexport zur Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung verwendet. Sie hat eine vorsichtige Aufbaupolitik eingeschlagen, die Abhängigkeit des Landes vom imperialistischen Weltmarkt gering gehalten und ist z.B. mit der

EG als einziges nordafrikanisches Land keine engen wirtschaftlichen Bindungen eingegangen. Die Imperialisten finden deshalb weder aussichtsreiche Ansatzpunkte für rasch wirksamen wirtschaftlichen Druck, noch finden sie Kollaborateure im Land. Zudem hat Libyen keinen Hehl daraus gemacht, daß es Befreiungsbewegungen unterstützt: "Ich halte die Anwendung von Gewalt für gerechtfertigt, wenn ein koloniales und unterdrücktes Volk seine Befreiung fordert und der Kolonialist oder Unterdrücker nicht aufgeben will." (Ghaddafi)

Die militärische Aggression gegen Libyen soll erzwingen, was wirtschaftlicher Druck nicht vermag: die Regierung Ghaddafi stürzen und die wirtschaftliche Unabhängigkeit Libyens zerstören, seinen Aufbau um Jahre zurückwerfen.

Die westeuropäischen Regierungen verbreiten, bis auf die britische, den Eindruck, als hätten sie ernsthafte Einwände gegen die Militäraktion. Tatsächlich sind sie darin verstrickt und teilen die Ziele der Aggression. Die "Frankfurter Allgemeine" hatte erst am 9.4. die Beteiligung "mit einem gemischten Verband" verlangt. Daß die westeuropäischen Imperialisten davon Abstand genommen haben, soll ihnen erlauben, ihren politischen Druck auf die arabischen Staaten und speziell Libyen zu verschärfen, sich enger der EG anzuschließen. Ein abgekartetes Spiel zwischen USA und EG!

Informationen zum Überfall

35 Bomber waren an der Aggression beteiligt, davon 18 F-111-Bomber von der 3. US-Luftflotte in Großbritannien und 17 Bomber von der 6. US-Flotte im Mittelmeer. Die 18 F-111-Bomber sind einerseits der ATAF der NATO unterstellt (Hauptquartier Ramstein, BRD) und gehören zum NATO-Oberbefehlskommando Europa Mitte (Brunsum, Niederlande); d.h. sie unterstehen zunächst direkt einem BRD-General.

Andererseits gehören sie zum EUCOM (US-European Command; US-Kommando Europa; Hauptquartier in Stuttgart, BRD). Die USA haben weltweit, einschließlich in den USA selbst, acht solcher alle drei Teilstreitkräfte erfassenden Kommandos. Der Kommandobereich von EUCOM erstreckt sich wie folgt: Westeuropa einschließlich Westberlin, Mittelmeerraum, Mittelost bis iranische Ostgrenze, Rotes Meer und Persischer Golf. Das bedeutet, daß auch die 17 Bomber der 6. US-Flotte im Mittelmeer un-

ter dem Oberbefehl von EUCOM in Anspruch genommen und in Einsatz gebracht werden.

Bei dem Überfall auf Libyen handelte es sich offensichtlich um eine Aggression unter dem Kommando von EUCOM, Stuttgart. Um die Bomberverbände aus dem NATO-Zugriff herauslösen zu können und sie allein EUCOM zu unterstellen, bedurfte es eines EUCOM betreffenden Anlasses. US-Verteidigungsminister Weinberger hat erklärt, daß das Attentat auf die Diskothek La Belle mit der Folge des Todes eines US-Soldaten der Brigade Westberlin (7. US-Armee, Hauptquartier in Heidelberg) sowie verschiedener verwundeter US-Bürger ein Fall gemäß Artikel 51 der UN-Charta sei. Dieser Artikel sieht das Recht auf individuelle bzw. kollektive Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein UN-Mitglied vor.

Das Attentat auf die Disko fand auf dem Territorium Westberlin im US-Sektor statt. Einzig dort konnte der Vorwand für einen EUCOM-Einsatz außerhalb der NATO-Befehlsstränge fabriziert werden.

USA, Hände weg von Libyen!

Erneut hat die US-Regierung militärische Angriffe gegen Libyen angekündigt.

Systematisch bereitet die Reagan-Administration immer weitergehendere militärische Aktionen gegen Libyen vor. Sie läßt bereits einen unerklärten Krieg auf kleiner Flamme führen. Die militärischen Angriffe auf Schiffe der libyschen Marine und eine an Land gelegene Flugabwehrstellung aus einem US-Manöver heraus Ende März sind Ausdruck dieser Politik. Systematisch wird die Öffentlichkeit mit nicht bewiesenen Behauptungen über die Verantwortung Libyens für den Westberliner Bombenanschlag auf weitere, erneut verschärfte Militäraktionen der USA vorbereitet.

Erste bundesdeutsche Stimmen – so etwa in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9.4.86 – fordern offen, daß europäische Staaten und damit auch die Bundesrepublik kriegerische Aktionen gegen Libyen nicht allein den USA überlassen. Ein gemischter NATO-Verband solle das schmutzige Geschäft erledigen.

Und nicht nur während der Raketenangriffe

Ende März, sondern auch in der jetzt wieder verschärften Konfrontation werden z.B. die Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik wieder in Stellung gebracht – ein unmißverständliches Signal – vor allem an die UdSSR – bei Militäraktionen der USA sei Zurückhaltung angebracht. Gleichgültig wie man die Politik Libyens einschätzt, sie ist keinerlei Rechtfertigung für den unerklärten Krieg der USA gegen Libyen.

Wir verurteilen die ständig verschärften militärischen Angriffe der USA und die ideologische Kampagne zur Rechtfertigung dieses Vorgehens!

Weder die NATO noch die Bundeswehr dürfen sich an Durchführung und Vorbereitung dieser Angriffe beteiligen!

Das Wartime Host Nation Support Abkommen, das die Voraussetzungen dafür beinhaltet, daß die Bundesrepublik die USA bei militärischen Aktionen gegen Libyen und anderswo als logistische Drehscheibe unterstützt, muß sofort gekündigt werden!

Frieden mit der Nato? – Wehret den Anfängen

"Wartime Host Nation Support"

Die obenstehende Resolution hat letzte Woche der Anti-NATO-Kongreß in Köln verabschiedet. Sie ist ein nützliches Dokument gegen die imperialistische Aggression gegen Libyen. Insbesondere eine Kündigung des "Wartime Host Nation Support"-Abkommens würde die Möglichkeiten der BRD, sich an solchen Aggressionen zu beteiligen, direkt einengen.

Das "Wartime Host Nation Support"-Abkommen wurde am 15.4.82 von der Regierung Schmidt/Genscher mit der US-Regierung abgeschlossen. Darin heißt es: "Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika beabsichtigt, im Falle einer Krise oder eines Krieges im Einvernehmen mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland ihre in der Bundesrepublik Deutschland stationierten vier Divisionen und dazugehörigen fliegenden Staffeln innerhalb von zehn Tagen um sechs weitere gepanzerte, mechanisierte und Infanteriedivisionen und dazugehörige fliegende Staffeln zu verstärken... Für Zwecke dieses Abkommens stellen die Ver-

tragsparteien gemeinsam fest, wann eine Krise oder ein Krieg besteht... beabsichtigt die Bundesrepublik... 1. militärische Unterstützung durch Einheiten der Bundeswehr... Diese Unterstützung erstreckt sich auf: a) Sicherung von Einrichtungen der US-Luftwaffe; b) Unterstützung von US-Luftwaffenteilen auf gemeinsamen Einsatzflugplätzen; c) Flugplatzinstandsetzung; d) Sicherung von US-Heereseinrichtungen; e) Transport, Umschlag und Nachschubleistungen; f) Abtransport von Verwundeten; g) Sicherung von Kriegsgefangenen..."

Die BRD sichert also den USA Unterstützung zu, sollte eine Verstärkung ihrer Truppen für Aggressionen nötig werden. Das stärkt die USA, verschafft aber vor allem der BRD die Möglichkeit, in bilateralen Verhandlungen direkt auf solche US-Aggressionen Einfluß zu nehmen und sich so daran zu beteiligen. Eine Kündigung des Abkommens würde diese Möglichkeit der BRD bedeutend schmälern. Die Propaganda gegen das Abkommen müßte ergänzt werden durch eine Propaganda gegen das Stationierungsabkommen BRD-USA, auf dessen Grundlage die USA ihre militärischen Befehlszentralen und Truppen in der BRD stationiert haben.